

NÖ Armutsnetzwerk: Pressegespräch anlässlich des internationalen Frauentags 2022

Weil 3 G nicht reicht – Frauen fordern Systemänderung

Erst die Corona-Pandemie, jetzt der Krieg in der Ukraine der derzeit alle anderen Themen überschattet – seit zwei Jahren leben wir im „Krisenmodus“.

Es rächt sich nun, dass wir Gleichberechtigung und Chancengleichheit nicht vor der Pandemie ausreichend vorangebracht haben. Im „Krisenmodus“ sind wir angewiesen auf bestehende Strukturen und hoffen, dass sie tragen. Gleichzeitig besteht in Krisenzeiten die Gefahr, dass an bereits davor bestehenden Bruchlinien Risse entstehen, bereits vor der Krise bestehende Problemlagen, werden deutlicher sichtbar, die Krise wirkt als „Brennglas“. Frauen waren bereits vor der Corona Krise vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt und hatten und haben, auch ohne dafür beklatscht zu werden, tagtäglich mit vielfältigen Herausforderungen und behindernden Strukturen zu kämpfen.

Als NÖ Armutsnetzwerk bündeln wir die Erfahrungen aus der haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeit unserer 29 Mitgliedsorganisationen und Einzelmitgliedern. Anlässlich des internationalen Frauentags am 8.3. zeigen wir anhand von fünf Beispielen exemplarisch auf, mit welchen Behinderungen, Herausforderungen und Problemen Frauen konfrontiert sind und was es braucht, um ein selbstbestimmtes Leben, frei von Gewalt und in sozialer Sicherheit zu leben. Die im Titel angesprochenen 3 G: **Gewaltfreiheit, gerechte Verteilung und Gesundheit** sind dafür nur der Anfang!

„Man wird nicht arm geboren, man wird arm gemacht“ möchte ich an dieser Stelle ein Zitat von Simone de Beauvoir abändern. Armut ist kein Schicksal, Armut wird gemacht:

Armut wird gemacht durch Gesetze, wie das Sozialhilfegesetz¹ in NÖ, die keine soziale Sicherheit geben², Armut wird gemacht durch ungerechte Verteilung von unbezahlter Care Arbeit, Armut wird gemacht durch die Verhinderung von gesellschaftlicher Teilhabe. Doch was gemacht ist, kann auch geändert werden.

Wir zeigen auf was es braucht, um ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit zu ermöglichen.

NÖ Armutsnetzwerk
Mag.^a (FH) Barbara Bühler, Bakk.^a phil
0650/ 37 577 81
armut_in_noe@gmx.at
www.noe-armutsnetzwerk.at

Sämtliche Namen wurden geändert.

¹ <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrNO&Gesetzesnummer=20001239>

² Wir haben als NÖ Armutsnetzwerk mehrfach auf die Lücken und Problemstellungen der Sozialhilfe in NÖ hingewiesen:

Unter anderem bei einem Pressegespräch im Sommer 2021

https://www.noe-armutsnetzwerk.at/aktivitaeten/artikel/news/statt-in-der-krise-schutz-zu-bieten-fuehrt-die-sozialhilfe-neu-zur-ausbreitung-von-armut/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=11d1877df844f6b5c73173869415368e

Stellungnahme Juni 2019

https://www.noe-armutsnetzwerk.at/fileadmin/user_upload/newspdf/Stellungn_NOEArmutsnetzwerk_SozialhilfeneuNOE_Juni_2019_final.pdf

Lilith Frauenberatung Krems Gerechte Verteilung und Gewaltfreiheit: Frau Bauer³

Frau Bauer lebt mit ihrem Mann und 2 Kindern (3 und 7 Jahre) in einer 3 Zimmer-Wohnung und arbeitet in Teilzeit – immer wieder auch im Homeoffice. Herr Bauer arbeitet Vollzeit – derzeit vorwiegend im Homeoffice. Die Kinder besuchen Kindergarten und Volksschule und sind immer wieder zu Hause zu betreuen. Es gibt nicht genügend Platz für unterschiedlichen Arbeitsbereiche. Frau Bauer ist gleichzeitig Erwerbstätige, Partnerin, Mutter, Lehrerin, Kindergartenpädagogin, Haushälterin, Köchin und vieles mehr. Die Enge und die Vielfachbelastung führt zu wiederkehrenden Eskalationen in der Beziehung zwischen Frau und Herrn Bauer, aber auch zwischen Vater und Kindern. Die Bedürfnisse von Frau Bauer bleiben auf der Strecke.

„...bei uns ist immer wieder dicke Luft. Mein Mann explodiert wegen jeder Kleinigkeit. Die Kinder und ich können ihm gar nichts recht machen. Er schreit uns an, weil wir nicht ruhig sind und er nicht konzentriert arbeiten kann. Wir können gar nichts mehr richtig machen. Aber wo bleibe ich? Ich muss mich um alles kümmern. Arbeit, Kinder, Haushalt. Ich halte das nicht mehr aus. Ich möchte einfach meine Ruhe. Am liebsten würde ich einfach mit den Kindern weggehen. Aber das geht ja nicht, wie soll ich das schaffen?“

In dieser Situation kommt Frau Bauer zum ersten Mal in die Frauenberatungsstelle und kann zum ersten Mal etwas aussprechen ohne beschämt oder bewertet zu werden.

Zahlen, Fakten

Krisen verstärken Ungleichheiten – ein Bild, dass sich auch in der Frauenberatung deutlich zeigt.

So ist durch die Corona-Krise eine Verschärfung der Belastungssituationen für Frauen wahrnehmbar. Die Doppel- und Mehrfachbelastungen prekärer Frauenarbeit haben sich verstärkt.

Es zeigt sich Überlastung durch diese Rollenvielfalt und die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Kinderbetreuung, Homeschooling und Haushaltsarbeit kann als zentrale Herausforderung für Frauen gesehen werden.

Frauen haben meist bereits ihre Belastungsgrenze erreicht oder sogar überschritten, wenn sie psychosoziale Beratung in Anspruch nehmen. Die Beratungsthemen des vergangenen Jahres zeigen das auch deutlich: Überbelastung, Arbeitsthemen, Planungsunsicherheit, Abhängigkeit, fehlenden Handlungsspielraum und Gewalt waren die vorrangigen Themen. Ein enormes Konfliktpotenzial in Paarbeziehungen wird sichtbar. Bei all diesen Themen bieten die niederösterreichischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen niederschwellige, kostenfreie, frauenspezifische Beratung an und bilden damit ein Gegengewicht zur gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen, den Nachteilen weiblicher Sozialisation, den Mehrfachbelastungen und den vielen Formen von Gewalt.

Was es braucht:

- Es braucht eine ausreichende Finanzierung von Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen!
- Es braucht einen Ausbau niederschwelliger, leistbarer Angebote für Beratung, Psychotherapie und Wohnraum für Frauen und Mädchen!
- Es braucht gezielte politische Maßnahmen, die einer Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen entgegenwirken!

Literatur: Zartler, Ulrike, Dafert, Vera, Harter, Sabine und Dirnberger, Petra (2021): Frauen in Wien und COVID-19. Studie im Auftrag des Frauenservice Wien. Universität Wien.

Lilith Frauenberatung Krems, Mag.^a Alexandra Koschier, Psychologin
Hafnerplatz 12
3500 Krems
+43 2732 85555
beratung@lilith-krems.at
www.lilith-krems.at

³ Name geändert

AK Niederösterreich: Gehaltsgerechtigkeit, Gesundheit: Frau Sorger⁴
Fallbeispiel von Pflegerin, die wegen Überlastung aus dem Beruf aussteigt:
(siehe Treffpunkt Artikel „Am Limit“ vom Dezember 2021)

Frau Sorger, ehemalige Pflegeassistentin aus Niederösterreich (alleinerziehend mit zwei Kindern) schilderte dem Treffpunkt Redakteur die Beweggründe für ihren Jobwechsel nach 10 Jahren wie folgt:
„Ausgebrannt, ich war einfach nur ausgebrannt und konnte nicht mehr (...) Immer öfter wurde ich mitten in der Nacht elektronisch über Schichtänderungen für den kommenden Tag informiert (...) Ich habe 1.500 Euro verdient, fast die Hälfte davon ging wegen der ständigen Dienstplanänderungen für die Tagesmutter drauf“ (...) In meinem jetzigen Job verdiene ich mehr und habe weniger Verantwortung“.⁵

So wie der Pflegerin in diesem Fallbeispiel geht es vielen Angestellten in der Pflege. Immer mehr Beschäftigte überlegen, Job oder Branche zu wechseln.⁶ Die Arbeitsbedingungen wurden durch die Corona Pandemie noch verschärft. 85 % der Pfleger*innen fühlen sich aufgrund der Pandemie psychisch mittel bis stark belastet, 64 % haben schon über einen Berufsausstieg nachgedacht.⁷ Gleichzeitig spitzt sich der Pflegenotstand zu.

Im Sommer 2021 waren in Niederösterreich bereits 520 Dienstposten im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege unbesetzt und 4 Millionen Stunden an Zeitausgleich und Urlaub waren nicht abgebaut. Dabei wird bis 2030 österreichweit ein Bedarf an 76.000 zusätzlichen Pflegekräften prognostiziert.⁸

Vorwiegend sind es Frauen (82 %), die in der Pflege arbeiten. Mit einem Einstiegsgehalt von €1.850 (brutto, VZ) werden die hohen Belastungen und Gesundheitskrisen, die dieser systemrelevante Beruf gerade in Zeit von Corona mit sich bringt, kaum adäquat abgegolten.⁹

Was es braucht:

Zur Sicherung der **Gesundheitsvorsorge** und für mehr **Gehaltsgerechtigkeit** in dieser Frauenbranche braucht es:

- dringend mehr Personal in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen Gesundheitseinrichtungen sowie in der mobilen und stationären Pflege
- bessere Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Karriereöglichkeiten für das Pflegepersonal
- Dienstpläne, die auch auf Betreuungspflichten der Angestellten Rücksicht nehmen
- leistbare und zeitlich flexible Kinderbildungs- und betreuungsangebote.

AK Niederösterreich, Abteilung für Frauenpolitik

AK-Platz 1

3100 St. Pölten

Telefon: +43 (0)5 7171-21212

E-Mail: frauenpolitik@aknoe.at

⁴ Name geändert

⁵ Vgl. AK Niederösterreich (2021): Treffpunkt. Das Magazin der AK Niederösterreich Nr. 04/ Dezember. Online unter:

https://noe.arbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/aknoezeitchriften/treffpunkt/TP0421_Web.pdf

⁶ Vgl. Online Umfrage der Offensive Gesundheit (2021). Online unter: <https://offensivegesundheit.at/wp-content/uploads/2021/10/Gesamtergebnisse-Online-Umfrage-„Ich-glaub'-ich-Krieg'-die-Krise.pdf>

⁷ Vgl. Alexander Gferer, Natali Gferer (2021): Gesundheits- & Krankenpfleger*innen während der Covid-19 Pandemie in Österreich (Arbeitssituation und Gedanken an einen Ausstieg aus dem Pflegeberuf) – Online unter: https://www.oegkv.at/fileadmin/user_upload/Aktuell/2021/OEGKV-Homepage_Gferer_Gferer_GuK-C19-Studie_08.06.21.pdf

⁸ Vgl. Gesundheit Österreich GmbH (2019): „Pflegepersonal-Bedarfsprognose für Österreich“ im Auftrag des Sozialministeriums

⁹ Vgl. SORA (2020): „Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich“ in Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Online unter:

https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitsundsoziales/arbeitsmarkt/AK_Studie_Arbeitsbedingungen_in_systemrelevanten_Berufen.pdf

Diakonie Flüchtlingsdienst: Gesellschaftliche Teilhabe, Gleichberechtigung: Frau Rami¹⁰

Frau Rami: sie ist vor etwa 3 Jahren mit ihrem Mann nach Österreich gekommen. Sie hat wenig Kontakte zu anderen Menschen. Ihr Mann möchte das so. Sie hat einen Deutschkurs besucht, hat ihn aber nicht auf Anhieb geschafft. Das Tempo war zu hoch. Jetzt gibt es nur die Möglichkeit der Prüfungsvorbereitung, wo speziell für die Prüfung gelernt wird. Das ist für Frau Rami aber zu wenig, sie hat in ihrer Heimat kaum Schulbildung erhalten. Ihrem Mann ist es nur recht, dass sie keinen Deutschkurs besuchen kann. Frau Rami möchte jedoch über ihr Leben selbst bestimmen können und überlegt, sich von ihrem Mann zu trennen. Der sagt ihr aber, dass sie sich das nicht leisten kann – er sagt, er kennt sich aus mit dem System in Österreich. Frau Rami ist verunsichert und tatsächlich ist es so, dass es im Fall der Trennung in der Praxis dauert bis sie selbst Sozialhilfe beziehen kann. Aber was tut sie bis dahin? Wie soll sie eine Wohnung finden, bzw. bezahlen können?

Frau Rami: *„Er hat mir immer wieder gesagt, dass ich ohne ihn nichts bin und keine Chance hier habe! Ich habe das jahrelang geglaubt. Mir fehlte die Kraft dies zu hinterfragen, ich hatte Angst, war ganz alleine.“*

In der Frauenrechtskonvention CEDAW, von 1979¹¹, heißt es in Artikel 3: Die Vertragsstaaten treffen auf allen Gebieten, insbesondere auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, alle geeigneten Maßnahmen, einschließlich der Verabschiedung von Rechtsvorschriften, zur Sicherung der uneingeschränkten Entfaltung und Förderung der Frau, damit gewährleistet wird, dass alle Frauen die Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichberechtigt ausüben und genießen können.

Auch der **Pakt über die wirtschaftlichen und sozialen Rechte von 1966¹²**, erkennt das Recht auf Soziale Sicherheit an (Artikel 9), das Recht auf das ein Höchstmass an körperlicher und geistiger Gesundheit (Artikel 12) sowie das Recht am kulturellen Leben teilzunehmen (Artikel 15), an!

Nun ist Österreich in der Praxis von diesen Verpflichtungen und Rechten, die auch von Österreich ratifiziert wurden, weit entfernt:

Denn auch, wenn Frau Rami es schafft, die Entscheidung, sich von ihrem Mann – und damit aus der Abhängigkeit von ihm – zu trennen, zu treffen – bleiben strukturelle und systemimmanente Hemmnisse, die es ihr massiv erschweren, diesen Weg zu gehen.

Um Sozialhilfe beziehen zu können, braucht sie zumindest einen Termin zur Festsetzung des Unterhalts bei Gericht oder einen Scheidungstermin. Davor ist eine Entscheidung über die Höhe der Sozialhilfe nicht möglich. Der Schritt zu Gericht ist für viele Frauen, die weder sprachlich noch rechtlich in Österreich ankommen konnten und von ihren Ehemännern unter Druck gesetzt werden, sehr schwierig. Wenn Frau Rami es nicht schafft, ist sie mittellos: sie kann weder eine Wohnung anmieten noch hat sie Geld um eigenständig ihre Grundbedürfnisse zu stillen. Ohne Begleitung und Unterstützung von Dritten ist es für viele Frauen fast unmöglich aus diesen gewaltvollen Beziehungen auszubrechen!

Eine weitere Hürde betrifft die Deutschkenntnisse: Frauen, die in ihren Heimatländern keine oder wenig Schulbildung erhalten haben, brauchen in manchen Fällen länger als die vorgesehenen Wochen, um einen Deutschkurs erfolgreich abschließen zu können. Eine Kurswiederholung ist nur einmal möglich. Wer niemals die Möglichkeit gehabt hat, lernen zu lernen, braucht aber mehr Zeit! Die rechtlichen Bestimmungen lassen dies aber nicht zu – auch wenn die Tatsache bekannt ist, dass bestimmte Gruppen andere oder mehr Kurse brauchen würden, um die entsprechenden Kenntnisse zu erlangen.

¹⁰ Name geändert

¹¹ [file:///C:/Users/udullnig/AppData/Local/Temp/cedaw_konvention%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/udullnig/AppData/Local/Temp/cedaw_konvention%20(1).pdf)

¹² <https://cdn.amnesty.at/media/2016/sozialpakt-icescr-16dezember-1966.pdf>

Neben einer strukturellen Veränderung braucht es auch den Austausch in der neuen Sprache im Alltag, um Sprachkenntnisse nachhaltig zu sichern. Diese Möglichkeit ist vielfach nicht gegeben. Manchen Frauen ist es von ihren Männern untersagt das Haus zu verlassen, andere beklagen, dass es für sie sehr schwierig ist, mit „Einheimischen“ ins Gespräch zu kommen! Die Corona-Pandemie hat diese Situation zusätzlich verschärft! Neben der Veränderung rechtlicher Strukturen braucht es daher die Förderung von Maßnahmen und Projekten, die patriarchale Strukturen verändern und den interkulturellen Dialog fördern.

Wie Frau Rami geht es auch anderen geflüchteten Frauen. Sie kommen gemeinsam mit ihren Männern oder im Zuge der Familienzusammenführungen später nach Österreich, um hier als Familie ein neues Leben zu beginnen. Beziehungen müssen neu geordnet und erste Integrationsschritte müssen gemacht werden. Frauen treten aufgrund von Betreuungsaufgaben oder auch patriarchaler Strukturen oftmals später in den Integrationsprozess ein: das bedeutet, sie machen später als ihre Männer Deutschkurse, erhalten daher auch später die notwendigen Einblicke in das österreichische Bildungssystem und Rechtssystem oder den österreichischen Arbeitsmarkt. So wie viele andere Frauen, überlegt sich Frau Rami daher, doch bei ihrem Mann zu bleiben, weil es der einzige Weg zu sein scheint. Der Ausschluss vom Notwendigsten bedeutet für sie den Ausschluss von Integration und Teilhabe, den Ausschluss von Grundfreiheiten und Grundrechten – Dinge, die für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben in Österreich für sie notwendig sind!

Das System muss sich ändern, damit Frauen wie Frau R. sich frei entscheiden können, wie und mit wem sie ihr Leben teilen wollen!

Was es braucht:

- Soziale Sicherheit/Absicherung: ein individueller Anspruch auf Sozialhilfe ermöglicht Selbstbestimmung!
- Mehr Zeit für Deutschkurse und die Möglichkeit Kurse zu wiederholen: Ohne gute Basiskenntnisse ist es nicht möglich eine neue Sprache gut zu lernen – das führt zu Exklusion am Arbeitsmarkt und Ausschluss von gesellschaftlicher Partizipation.
- Niederschwellige und regionale Räume für Austausch und Begegnung, Angebote um Sprachkenntnisse im Alltag zu sichern.
- Professionelle und niederschwellige Begleitung bei Trennungsprozessen mit Dolmetsch-Ressourcen.
- Mehrsprachige Infomaterialien über Arten von Gewalt (ökonomische, soziale, physische, ...) und Sensibilisierung von Betroffenen, Einrichtungen, Ämtern, Ärzt:innen,....

Diakonie
Mag.^a Ursula Dullnig, MA
Einrichtungsleitung Integrations- und Bildungszentren NÖ,
Maximilianstrasse 71, 3100 St. Pölten
ursula.dullnig@diakonie.at
02742/28910

Caritas Erzdiözese Wien: Grundversorgung, Gesundheit, Grundrecht auf Wohnen u. Energie: Frau I. Thaller¹³

Fr. Thaller lebt in einer Souterrainwohnung, als ihr Lebensgefährte sie hochschwanger verlässt. Nach der Geburt wird ein großer Tumor am Gesäß des Sohnes entdeckt, der sofort operativ entfernt werden muss. Aufgrund der besonderen Hygienemaßnahmen durch die Wunde, kann Fr. Thaller nicht mehr in der feuchten, schimmeligen Wohnung mit dem Baby leben. Sie erhält über die Gemeinde eine Wohnung im 2. Stock. Frau Thaller ist sehr verzweifelt, als sie in die Caritas Sozialberatungsstelle kommt:
„Ich weiß nicht mehr weiter. Ich habe jetzt eine andere Wohnung bekommen, aber es ist keine Küche und keine Heizung drinnen, auch der Boden ist kaputt. Die Anträge auf Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld habe ich vor mehreren Wochen gestellt. Ich habe seit 2 Monaten kein Einkommen und bekomme immer die Antwort, dass die Anträge in Bearbeitung sind und es noch dauern kann. Was soll ich machen? Die Krankenversicherung ist jetzt auch ausgelaufen und mein Sohn hat in 2 Wochen seine 2. Operation. Ich habe immer gearbeitet, immer meine Rechnungen bezahlt, ich habe mir nie vorstellen können, dass ich jemals in so eine Situation komme.“

Frau Thaller weiß nicht, wie sie über die Runden kommen soll. Wie soll sie ohne einem Einkommen das Kind und sich mit dem Notwendigsten versorgen, Windel und Babynahrung kaufen, sowie die Miete und Stromrechnung zahlen? Bis alle Anträge bearbeitet sind und sie wieder ein regelmäßiges Einkommen hat, kann es noch mehrere Wochen dauern. In der Küche hat sie sich jetzt einen kleinen Heizstrahler gestellt. Die Luft ist so trocken, dass das Baby sehr viel hustet. Übers Internet hat sie einen alten Kühlschrank und Herd gratis bekommen. Die Energiekosten werden dadurch massiv steigen.

Viele Frauen wissen nicht, wie sie ihre laufenden Kosten bezahlen können, da die Bearbeitung der Anträge bei Behörden oft mehrere Monate dauern. Es gibt für diese Zeit keine Überbrückungshilfe, da auch die Bearbeitung der Sozialhilfe bis zu 3 Monate dauern kann.

Auf dem Wohnungsmarkt gibt es kaum leistbare Wohnungen – geförderte Genossenschaftswohnungen sind mit einem geringen Einkommen aufgrund der hohen zu zahlenden Eigenmittel kaum leistbar und finanzielle einmalige Unterstützung durch Behörde oft unsicher (kein Rechtsanspruch). Für private Mietwohnungen erhält man keine Wohnbeihilfe. Bei einem Sozialhilfebezug, wird die Wohnbeihilfe wieder von dieser abgezogen. Leistbare Wohnungen sind meistens in einem sehr desolaten Zustand – oft keine Heizung, undichte Fenster u. Türen, keine Küche, oft alte E-Geräte,... - dadurch sind die monatl. Energiekosten oft sehr hoch, wodurch nach Abzug der Fixkosten kaum mehr genug zum Leben bleibt. Alleinerzieherinnen sind davon besonders häufig betroffen, da sie einen größeren Wohnraum mit Kinder benötigen und keinerlei Möglichkeiten haben aufgrund der Kinderbetreuungspflichten ihr Einkommen zu erhöhen.

Armut kann jede*n von uns treffen. Eine Trennung, ein Unfall, eine Erkrankung oder Kündigung. All das sind Gründe, warum Menschen, die dachten, niemals um Hilfe bitten zu müssen, den Weg zu uns finden. Besonders oft trifft die Armut jedoch Frauen. 2 von 3 Klient*innen der Sozialberatung NÖ sind weiblich. In ganz Österreich sind 501.000 Frauen armutsgefährdet.¹⁴

Alleinerzieherinnen

Besonders vulnerabel ist die Gruppe der Alleinerziehenden. Betrachtet man die Armutsgefährdung nach Haushaltsform, weisen ein-Eltern-Haushalte mit einer Quote von 31% die höchste Armutsgefährdung aller Haushaltstypen auf. Dabei sind Alleinerzieherinnen sogar in höherem Ausmaß aktiv erwerbstätig, als Mütter aus Zwei-Eltern-Familien. Das Fehlen einer zweiten Erwerbsperson im Haushalt führt dennoch zu einem deutlich geringeren Einkommen.

¹³ Name geändert

¹⁴ Armutsgefährdung in Österreich: 14% der Frauen, 12% der Männer; in absoluten Zahlen bedeutet das allerdings eine Kluft von 71.000 Frauen mehr (430.000 Männern/501.000 einkommensarme Frauen)

Zusätzlich lastet auf Alleinerzieherinnen die Aufgabe der Kinderbetreuung, wodurch es (siehe „Gender Pay Gap“) häufig zu Teilzeit-oder in atypischen Beschäftigungsverhältnissen kommt.

Gender Pay Gap (Ein Blick nach der Karenz)

Die Schere zwischen Einkommen von Mann und Frau, der sogenannte Gender Pay Gap, liegt bei 20%. Damit ist Österreich Spitzenreiter innerhalb der EU. Warum? Frauen arbeiten meist Teilzeit und sind in schlechter bezahlten Jobs tätig. So schlecht bezahlt, dass das Geld oft nicht zum Leben reicht. Selbst in gut bezahlten Jobs sind Frauen schlechter gestellt: Bei der gleichen Stelle ist der Gehalt meist geringer als bei den männlichen Kollegen.

Zahlen zur Energiearmut¹⁵

Rund 62.000 Haushalte bzw. 1,6% aller Haushalte, bzw. 128.000 Personen in Österreich können es sich nicht leisten, die Wohnung angemessen warm zu halten. (EU-SILC 2020) hervor. Alleinlebende sowie Haushalte mit Menschen, die über höchstens Pflichtschulabschluss verfügen, waren davon besonders häufig betroffen. In diesem Jahr werden die Energiekosten immens steigen und schlittern Personen, die auch 2021 schon von Energiearmut betroffen werden, noch weiter in das Risiko sich die Strom- oder Heizrechnungen nicht leisten zu können.

Was es braucht:

- Leistbares Wohnen – Wohnbeihilfe für alle Wohnungen (privat u. gefördert) – Wohnbeihilfe muss zusätzlich zur Sozialhilfe ausbezahlt werden, Bestand von **leistbaren** Gemeindewohnungen und Genossenschaftswohnungen mit geringen Eigenmittelanteil erhöhen. Vergabe von leistbaren Gemeinde/Genossenschaftswohnungen nur mit Heizung!
- Spezielle Energietarife für einkommensschwache Menschen – wie ein Sozialtarif, der bspw. an die Sozialhilfe oder Mindestpension gekoppelt ist.
- Bewilligung von Zusatzleistungen für Miet- und Energierückstände für Sozialhilfebezieher*innen wieder ermöglichen
- Unkomplizierte und schnelle Überbrückungshilfe bei langer Antragsbearbeitung

Caritas der Erzdiözese Wien

DSAⁱⁿ Ulrike Oforha

Teamleiterin Sozialberatung NÖ Nord & Süd, Sozialarbeiterin Sozialberatung NÖ Süd

2700 Wr. Neustadt, Neuklostergasse 1 / 1.OG

02622 / 22739-405, Mobil 0676/66 18 401

sozialberatung-noesued@caritas-wien.at

¹⁵ Statistik Austria (2019): Energiearmut in Österreich. Haushaltsenergie und Einkommen.

file:///carvie.at/UserData/Benutzer_KO\$/MKrivda/Eigene%20Dateien/Downloads/energiearmut_in_oesterreich_2016.pdf

Büro für Diversität: Frauen mit Behinderungen müssen sichtbar sein! Frau Huber¹⁶

Frau Huber: Gesellschaft & Inklusion, Gewaltfreiheit, Behinderung

Frau Huber hat als Spätfolge eines schwerwiegenden Radunfalls im Kindesalter eine dauerhafte Gehbehinderung, an manchen Tagen kann sie sich nur mit Schmerzen bewegen.

Sie lebt nach der Scheidung von ihrem Mann, der ihr gegenüber körperliche und psychische Gewalt ausgeübt hat, alleine in einer 35 m² Wohnung. Frau Huber leidet unter einer posttraumatischen Belastungsstörung, hat immer wieder Panikattacken, an manchen Tagen schafft sie es daher nicht ihre Wohnung zu verlassen. Aufgrund ihrer körperlichen Einschränkungen und der psychischen Erkrankung ist es ihr nicht möglich beruflich tätig zu sein. Sie ist auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen, dabei hat sie schon als Kind davon geträumt einmal als Lehrerin tätig zu sein.

Statement Frau Huber: „*Wer mich auf der Straße sieht, wird nicht auf den ersten Blick erkennen, dass ich oft nur mit großen Schmerzen gehen kann oder meine Ängste so groß sind, dass ich oft tagelang meine Wohnung nicht verlasse. Ich brauche Kraft, um meinen Alltag zu schaffen.*“

Studien: Sowohl ein Nachschlagewerk für Betroffene (AMS) aus dem Jahr 2016 als auch eine aktuelle Studie im Auftrag des Frauenservice der Stadt Wien (2021) zeigen, dass Frauen mit Behinderung nicht mit ihrer Behinderung hadern aber oft vom System behindert werden – bei der Ausbildung, im Beruf, im Alltag.

Fakten: Die Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Behinderungen ist deutlich niedriger als jene von Frauen ohne Einschränkungen und auch deutlich niedriger als jene von Männern mit Behinderungen. Frauen mit Behinderungen sind in hohem Ausmaß vom allgemeinen Arbeitsmarkt ausgeschlossen, ihre Möglichkeiten ihr Leben selbstbestimmt nach ihren Wünschen zu gestalten damit massiv eingeschränkt. Viele von ihnen sind ein Leben lang ausschließlich von öffentlicher Unterstützung abhängig. Das ist nicht nur oft beschämend, sondern bewirkt auch, dass sie ein Leben lang mit einem geringen Einkommen (wieder der Ausgleichszulagenpension oder der Sozialhilfe) leben müssen und in hohem Maße von Armut und Ausgrenzung gefährdet sind.

In Österreich leben rund 1,4 Millionen Menschen mit Behinderungen¹⁷

Wie vom Österreichischen Behindertenrat dokumentiert wurde, ist die Arbeitslosenquote von Menschen mit Behinderung im Zeitraum von 2007 bis 2017 um 139 Prozent gestiegen und befand sich 2019 am höchsten Stand seit statistischer Erfassung¹⁸

Damit die vielfältigen Potenziale von Frauen mit Behinderungen anerkannt werden, ist ein Sichtbarmachen und eine Entstigmatisierung zum Abbau der immer noch vorhandenen Vorurteile und Abwertungen eine wichtige Grundlage - dazu gehören auch die Sensibilisierung von Unternehmen und arbeitsmarktpolitische Kooperationen mit Unternehmen.

Die fortschreitende Digitalisierung am Arbeitsmarkt wird als große Chance für Menschen mit Behinderungen gesehen. Diese bietet aber nur dann Vorteile, wenn auch Barrierefreiheit mitgedacht wird.

Sonst kommt es dazu, dass neue Technologien exkludieren statt inkludieren. Entscheidungen in der Arbeitswelt und anderen Sektoren werden immer öfter an Algorithmen übergeben.

Nicht nur weil sie schneller arbeiten, sondern auch im Glauben, sie würden objektiver entscheiden.

Ihre Entscheidungsfindung hängt jedoch von den Trainingsdaten ab, mit denen sie von Menschen „gefüttert“ werden. Wenn diese Diskriminierungen beinhalten, zeigt sich dies auch in den Entscheidungen des Algorithmus!

¹⁶ Name geändert

¹⁷ Quelle: Österreichischer Behindertenrat.

¹⁸ Quelle: Österreichischer Behindertenrat.

Frauen mit Behinderungen kommen wenig in der Öffentlichkeit, in den Medien und in statistischen Daten vor. So scheinen zum Beispiel viele Frauen mit Behinderungen derzeit in den Arbeitslosenstatistiken gar nicht auf. Gründe dafür sind, gesellschaftliche Vorurteile, stereotype Erziehung und mangelnde Bildungschancen. Damit sind sie „unsichtbar“ und sie sind auch unsichtbar in politischen Programmen. Das muss sich ändern!

Inklusion in die Arbeitswelt braucht gut entwickelte Sensibilisierungsmaßnahmen auf allen Ebenen (Gemeinden, Länder, Bund). Die Finanzierung dafür muss gewährleistet sein.

Was es braucht:

- Frauen mit und ohne Behinderungen müssen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn wie Männer mit und ohne Behinderungen erhalten.
- Frauen mit Behinderungen müssen eine eigene Zielgruppe im AMS mit eigenständigem Budget werden.
- Aufbau und Finanzierung niederschwelliger Maßnahmen für Empowerment von Frauen und Mädchen mit Behinderungen.
- Arbeitsmarktstudien, die von der öffentlichen Hand in Auftrag gegeben werden, müssen immer nach den Merkmalen Geschlecht und Behinderung aufgeschlüsselt werden, damit auf dieser Basis Strategien zur Gleichstellung entwickelt werden können.
- Es müssen bewusstseinsbildende Maßnahmen geschaffen werden, um auf die Fähigkeiten und Potentiale von Frauen mit Behinderungen für den Arbeitsmarkt hinzuweisen. Insbesondere braucht es dahingehende Sensibilisierungsmaßnahmen für Führungskräfte.

Literatur:

<http://bidok.uibk.ac.at/library/ams-wege.html> – „15 Frauen mit Behinderung, 15 Wege zur Arbeit“
Broschüre des AMS für Arbeit suchende Frauen mit Behinderung

<https://awblog.at/frauen-mit-behinderungen/>

Mag.^a Martina Eigelsreiter
Büro für Diversität der Stadt St. Pölten
Telefon: +43 2742 333 2035
E-Mail: martina.eigelsreiter@st-poelten.gv.at

Fazit Was gesellschaftlich gemacht ist, kann auch geändert werden.

Was es braucht: Gewaltfreiheit, gerechte Verteilung, Gesundheit, Gesetze die soziale Sicherheit geben:

Die Lebenssituationen der Frauen sind verschieden. Was sie verbindet ist, dass sie mit gesellschaftlichen Strukturen konfrontiert sind, die sie „arm machen“, ihnen gerechte Bezahlung vorenthalten, gesellschaftlicher Teilhabe verhindern und Ihnen soziale Sicherheit verwehren:

Doch was gesellschaftlich gemacht ist, kann auch geändert werden!

Was braucht es, um ein selbstbestimmtes Leben, frei von Gewalt und in sozialer Sicherheit zu ermöglichen, nicht nur, aber auch für Frauen:

Soziale Infrastruktur (Angebote) die Teilhabe ermöglichen:

- Leistbare und zeitliche flexible, hochwertige Kinderbildungs- und Betreuungsangebote.
- Berücksichtigung von Betreuungspflichten bei der Erstellung von Dienstplänen.
- Mehr Zeit für Deutschkurse und die Möglichkeit Kurse zu wiederholen.
- Niederschwellige und regionale Angebote zur Förderung der Sprachkenntnisse im Alltag, Räume für Austausch und Begegnung.
- Sicherstellung ausreichender Finanzierung für Beratungsangebote für Frauen und Mädchen.
- Niederschwellige, leistbare Angebote für Beratung, Psychotherapie und Wohnraum.

Fair entlohnte, qualitativ hochwertige und für alle zugängliche Gesundheitsversorgung:

- Personal und Ressourcen für den Gesundheits und Pflegebereich, sowie gerechte Bezahlung der in diesem Bereich Tätigen.
- Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle die in Niederösterreich leben.
Gerade die COVID Pandemie und ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen haben (auf) gezeigt, dass der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung in Österreich keine Selbstverständlichkeiten ist. Insbesondere Menschen, die von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, wurden durch die Folgen der Pandemie stark negativ belastet¹⁹.

Gesetze die soziale Sicherheit geben:

- Soziale Sicherheit ermöglicht Selbstbestimmung. Es braucht einen individuellen Anspruch auf Sozialhilfe und rasche Bearbeitung der Anträge um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen²⁰.
- Bausteine sozialer Sicherheit, wie die Sozialhilfe, das Arbeitslosengeld u. a. sind so zu gestalten, dass sie soziale Sicherheit geben. Konkret: Orientierung an Referenzbudgets²¹
- Änderung bestehender Gesetze, wenn diese keine soziale Sicherheit gewährleisten.
Die Sozialhilfe in NÖ wird derzeit ihrem eigenen Anspruch, Armut zu verhindern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, nicht gerecht²².
- Die Pandemie hat auch gezeigt, wie notwendig die Absicherung der sozialen Rechte für den Zusammenhalt in der Gesellschaft sind.
- Soziale Menschenrechte in Verfassung verankern, das SozialRechtsNetz der Armutskonferenz hat dafür einen konkreten Entwurf²³ ausgearbeitet

¹⁹ Siehe Erhebung Armutskonferenz Armutsbetroffene und die Corona Krise 2.0. <https://www.armutskonferenz.at/news/news-2021/erhebung-armutsbetroffene-und-die-corona-krise-2-0.html>

²⁰ Siehe Armutskonferenz 5 Punkte zur Sanierung der Sozialhilfe

https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_sozialhilfe_probleme_sanierungsvorschlaege_2021.pdf

²¹ https://www.schuldenberatung.at/downloads/infodatenbank/referenzbudgets/Referenzbudgets_Aktualisierung_2021_EndV.pdf

²² Eines von vielen Beispielen die die „Lücken“ in der Sozialhilfe aufzeigen: Die Geschichte von Tanja
<https://www.armutskonferenz.at/news/news-2021/schlechte-sozialhilfe-die-geschichte-von-tanja.html>

²³ https://www.armutskonferenz.at/media/armutskonferenz_verfassungsgesetz_soziale_sicherheit_entwurf.pdf

Für Rückfragen:
NÖ Armutsnetzwerk
Mag.^a (FH) Barbara Bühler, Bakk.^a phil
0650/ 37 577 81
armut_in_noe@gmx.at
www.noe-armutsnetzwerk.at

Das **NÖ Armutsnetzwerk** ist ein unabhängiges, überparteiliches und überkonfessionelles Netzwerk aus 29 Organisationen und 46 Personen und als regionales Netzwerk Teil der österreichischen Armutskonferenz.

Ziel des NÖ Armutsnetzwerks ist es, Probleme von Menschen, die von Armut betroffen sind, aufzuzeigen, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und sich für deren Umsetzung einzusetzen.

Die Mitgliedsorganisationen des NÖ Armutsnetzwerks (Stand Februar 2022):

AK Niederösterreich
arbeitplus – Soziale Unternehmen in NÖ
Arge SÖB Niederösterreich
Auge Arbeitsgemeinschaft unabhängige und grüne Gewerkschaften
Beratungsstelle FAIR Volkshilfe Wien
bewok- Beratung gegen Wohnungsverlust
Büro für Diversität der Stadt St. Pölten
Caritas Erzdiözese Wien
Caritas Diözese St. Pölten
Diakonie Flüchtlingsdienst
Emmaugemeinschaft St. Pölten
Frauenplattform Krems
HSSG- Hilfe zur Selbsthilfe seelische Gesundheit
Katholische Aktion der Diözese St. Pölten
katholisches Bildungswerk kbw
NÖ Landesverein für Erwachsenenschutz – Erwachsenenvertretung, Bewohnervertretung
Tender Verein für Jugendarbeit
Psychosoziales Zentrum Schiltern GesmbH
PSZ gGmbH
Rotes Kreuz NÖ
SAM NÖ GmbH
Schuldnerberatung NÖ gGmbH
Verein Frauenzentrum St. Pölten
Verein Soziale Initiative Gmünd
Verein Wohnen Verein Wohnen und Arbeit
Vertretungsnetz
Volkshilfe NÖ
zb zentrum für beratung, training und entwicklung.